

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion (SPD)**  
**Vertrauensschutz für Biogasanlagen und Ausbau der Windenergie sicherstellen (Drs. 16/16055)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller. Bitte sehr.

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gab und gibt kaum eine politische Richtungsentscheidung in Deutschland, die mit so viel eindeutiger Unterstützung durch die Bevölkerung gefällt wurde wie die Energiewende. Die Regierungsparteien in Bund und Land werden dementsprechend auch nicht müde zu betonen, dass es keine Wende der Wende geben soll.

Im Vertrauen auf die Vorgaben haben viele Bürgerinnen und Bürger in die regenerativen Energien investiert. Egal, ob Photovoltaik, Windkraft oder Energie aus Biomasse – auf breiter Front verhalten Bayerns Bürger der dezentralen Energieversorgung zu zunehmender Bedeutung. Mit der vermeintlichen Sicherheit durch die Aussagen der Regierung waren auch die Banken bereit, die Investitionen zu vernünftigen Konditionen zu finanzieren.

Mit dem jetzt geplanten Eingriff in die gesetzlichen Zusagen wird aber die wichtigste Grundlage für ein Gelingen der Energiewende, die Verlässlichkeit politischer Vorgaben, ausgehöhlt. Neben anderen Vorschlägen planen die Regierungsparteien in Berlin, die ja auch in unserem Land regieren, den Güllebonus für Biogasanlagen, die zwischen den Jahren 2004 und 2008 in Betrieb gegangen sind, zu streichen. Damit wird insbesondere den kleinen bäuerlichen Anlagen die Wirtschaftlichkeit größtenteils entzogen. Das Argument, dass diese Anlagen ursprünglich ohne diesen Bonus geplant wurden und dieser Bonus ja erst im Jahr 2009 eingeführt wurde, kann wirklich nicht überzeugen. Viele Anlagenbetreiber haben im Vertrauen auf die staatlichen Vorgaben in zusätzliche Fermenter und Gärrestlager investiert.

Die Güllenutzung ist im Sinne des Klimaschutzes absolut sinnvoll. Auch die oft kritisierte Steigerung des Maisanbaus kann damit etwas abgemildert werden. Berechnungen zufolge kann man zugrunde legen, dass man einen um etwa 10 % höheren Maisflächenbedarf hätte, würden wir diesen Güllebonus streichen.

Die Regierungsparteien sind auf dem besten Weg, nun schon zum wiederholten Male eingesetztes landwirtschaftliches Kapital leichtfertig zu vernichten. Die Millionenschäden, die solche politischen Winkelzüge

bei der Besteuerung von Biokraftstoffen für unsere Bauernfamilien angerichtet haben, sind unvergessen.

Für uns FREIE WÄHLER sind Vertrauens- und Bestandsschutz unverzichtbare Pfeiler beim Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Mit der Streichung des Güllebonus werden gerade die kleinen bäuerlichen Anlagen extrem benachteiligt. Nach Modellrechnungen verlieren Anlagen bis zu 150 kW dadurch etwa 75 % ihres Gewinns. Großanlagen kommen dagegen ungeschoren davon, weil sie meist gar keinen Wirtschaftsdünger einsetzen.

Eine solche Lastenverteilung ist aus meiner Sicht untragbar. Wer die Energiewende zum Erfolg führen will, darf nicht nur Politik für die großen Konzerne betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen in unserem Land die Energieerzeugung in der Fläche. Durch den geplanten Vertrauensbruch wurde die Befürchtung ausgelöst, dass auch die Bankenfinanzierung für diesen Bereich erheblich teurer wird. Damit wird die Entwicklung im Biogasbereich endgültig abgewürgt bzw. in die falsche Richtung gelenkt, obwohl unser Ministerpräsident gerade diese dezentralen kleinen Biogasanlagen fördern will und mit diesen die Energiewende in Bayern schaffen möchte. Aus diesem Grund bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Nun liegt auch ein Antrag von CSU und FDP auf Drucksache 16/16054 vor. Mich freut, dass CSU und FDP auch unseren Antrag unterstützen, den Güllebonus nicht zu streichen. Verwundert bin ich jedoch schon darüber, dass Sie in Ihrem Antrag jetzt noch den EEG-Soli erwähnen.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das habt ihr ja vergessen!)

Wenn ich mich aber recht erinnere, Herr Kollege, dann haben Sie unseren Antrag, der den EEG-Soli mit angesprochen hatte, am 6. Februar hier im Plenum abgelehnt. – Das möchte ich nur zur Erinnerung sagen.

Wir stimmen selbstverständlich dem Antrag von CSU und FDP zu. Genauso stimmen wir dem Antrag der SPD zu, der in einem weiteren Spiegelstrich auch noch die Windkraft anspricht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Füracker. Bitte sehr.

**Albert Füracker (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerne leiste ich einen Beitrag zur vorösterlichen Harmonie und kündige an, dass wir allen Anträgen zustimmen werden.

Ihr Antrag, liebe Frau Müller, ist zwar inhaltlich richtig, aber eigentlich überflüssig. Sie haben es erwähnt: Am 5. Februar haben wir schon einen Antrag eingereicht. Der steht. Demnach ist der Bestandsschutz für bestehende Anlagen zu gewährleisten. Diesen Antrag hat die Regierungskoalition hier eingebracht und beschlossen. Das ist nichts anderes als das, was Sie heute erwähnen. Wäre ich ein böser Mensch, würde ich sagen, Sie schreiben von uns ab. Das tue ich natürlich nicht. Ich bedanke mich, dass nun auch die FREIEN WÄHLER der Wichtigkeit dieses Themas Aufmerksamkeit schenken.

Tatsache ist: Der Antrag ist richtig, aber nicht vollständig; denn wenn man von Vertrauensschutz und im Biogasbereich über rückwirkende Maßnahmen spricht, dann ist der EEG-Soli natürlich eine ganz entscheidende Marke, der wir uns in diesem Antrag zuwenden. Weil Sie das vergessen haben, weisen wir notwendigerweise darauf hin, dass es wichtig ist, auch diesen Punkt mit aufzunehmen.

Wir stimmen Ihrem Antrag, auch wenn er sehr spät kommt, natürlich gerne zu; denn man darf auch als Opposition stets hinzulernen.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Warum haben Sie dann gestern in Berlin demonstriert?)

- Ich habe in Berlin nicht demonstriert, Frau Müller.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Das waren die Biogasbetreiber!)

- Das ist richtig, wenn sie demonstrieren. Sie unterstützen uns doch, wenn sie demonstrieren.

Fakt ist, dass wir auch dem SPD-Antrag zustimmen, denn neben dem Vergütungssatz für Biogasanlagen sieht er die Selbstverständlichkeit vor, dass sich Windenergieanlagen wirtschaftlich rentieren sollen; auch wir sind dieser Auffassung. Der Satz ist richtig, enthält aber keine neue Herausforderung oder neue Idee. Fakt ist – ich bedanke mich dafür ganz herzlich –, dass die Staatsregierung auch aufgrund unseres beschlossenen Antrags vom 6. Februar genau das tut, was wir beschlossen haben, nämlich auf Bundesebene dafür zu kämpfen, dass die rückwirkenden Vergütungskürzungen obsolet werden. Ich habe vollstes

Vertrauen, dass die Staatsregierung das zum Erfolg führen wird. Bei allen bisher geführten Gesprächen deutet einiges darauf hin, dass die rückwirkende Kürzung tatsächlich keine Rolle mehr spielen wird. Darüber freuen wir uns alle. In Kenntnis dessen stimmen wir natürlich – wie angekündigt – gerne all diesen Anträgen zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Das Wort hat Herr Kollege Thalhammer.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einmal eine Rapsmühle besucht hat und sich mit den Menschen, die sich meist in Genossenschaften zusammengetan haben, unterhalten hat, wer spürt, mit welchem Innovationsgeist und welchen unternehmerischen Handlungsideen damals an die Sache herangegangen wurde, obwohl die Betroffenen von der Politik quasi im Stich gelassen worden sind, weiß, wie viel Investitionssicherheit und Vertrauensschutz in der Politik wert sind und welche Bedeutung sie haben. Einen Wortbruch, wie es ihn damals in Bezug auf die Rapspressen von Rot-Grün gegeben hat, werden wir von Schwarz-Gelb nicht begehen. Aber die Ängste der Biogasbetreiber, dass es eine rückwirkende Veränderung beim Güllebonus gibt, sind sehr gut nachvollziehbar; sie haben Angst, dass genau so etwas wieder passiert, wie es damals von Rot-Grün in Bezug auf die Rapspressen geschehen ist.

Deswegen sprechen wir uns ganz klar für den Vertrauensschutz und die Investitionssicherheit aus, und deswegen sind wir auch gegen rückwirkende Änderungen der Vergütungssätze. Denn darauf wurden Investitionspläne aufgebaut. Wir werden nicht einen derartigen Weg gehen, wie es beispielsweise in Spanien der Fall war. Dort wurden in Bezug auf die Photovoltaik rückwirkend Änderungen vorgenommen. Nein, pacta sunt servanda – Verträge sind zu halten. Wer einen Wirtschaftsplan, einen Businessplan in Erwartung von Vergütungen, die für 20 Jahre vonseiten des Staates zugesagt wurden, erstellt hat, der soll auf diese Gelder vertrauen können. Wir von Schwarz-Gelb haben eine Koalition, die für Vertrauensschutz und Investitionssicherheit steht. Deswegen wird auch am Güllebonus rückwirkend nicht gerüttelt werden.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Müller?

**Tobias Thalhammer (FDP):** Jetzt ist es eine Zwischenbemerkung, weil ich am Ende bin.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Gut, dann eine Zwischenbemerkung.

**Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, wenn ich mich recht erinnere, haben wir in den letzten drei Jahren in Bezug auf die Biodieselbesteuerung mehrfach Anträge eingereicht, damit auch bei der Biodieselbesteuerung die Steuervergünstigung weiter geltend gemacht werden kann. Sie wissen genau, dass die 18 Komma noch etwas Cent am Ende dieses Jahres auslaufen. Wir haben mehrfach versucht, wenigstens diese kleine Vergünstigung weiter bestehen zu lassen. Fakt ist, dass ab 01.01.2014 der Biodiesel genauso hoch besteuert wird, wie der normale Diesel, nämlich mit 47 Cent. Wenn Sie gewollt hätten, hätten Sie dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode ohne Weiteres ändern können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Bitte, Herr Kollege.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Frau Kollegin, der Tod für die Rapspressen war der Wortbruch von Rot-Grün. Diese haben damals alle Investitionspläne zunichte gemacht. Viele Rapspressen wurden entsprechend zurückgebaut. Das ist der beste Beweis dafür, was passieren kann, wenn jemand an die Regierung kommt, der nicht von Anfang an genau weiß, was er möchte, und dadurch mit Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger spielt. Wir von Schwarz-Gelb betreiben eine solche Politik nicht, und deshalb werden wir rückwirkend auch in Bezug auf den Güllebonus nicht wackeln.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Füracker.

**Albert Füracker (CSU):** Lieber Herr Kollege Thalhammer, würden Sie bitte Frau Kollegin Müller erklären, dass Biodiesel etwas anderes ist als kaltgepresstes Rapsöl? Das meint sie nämlich. Wir sollten aber korrekt argumentieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unabhängig davon können wir darüber hinaus, Frau Müller, nicht willkürlich besteuern. Wir haben EU-Vorgaben einzuhalten. Wir könnten von den 47 Cent, wenn wir es wollten, vielleicht nach den Über- und Unterkompensationsrichtlinien etwa 10 Cent nachlassen. Dafür haben wir jedoch zurzeit in Berlin keine Mehrheit, obwohl wir es gerne hätten; ich gebe das zu.

Ich bitte aber, eines zur Kenntnis zu nehmen: Als Rapsölpressen gebaut wurden – ich bin da beteiligt

und kenne mich ein bisschen aus –, kostete Raps 18 Euro. Dieses Jahr kostet er 45 Euro. Die Bauern würden, wenn sie ihr Rapsöl selbst mit den Schleppern fahren würden, die gesamten Steuern von 47 Cent erstattet bekommen. Diese Steuer gilt nur für die gewerbliche Nutzung dieses kaltgepressten Rapsöls. In diesem Zusammenhang ist das Argument zutreffend. Sie müssen aber schon – Herr Thalhammer, ich bitte, das Frau Müller zu erklären – richtig argumentieren.

Darüber hinaus haben die Bauern damals – Herr Thalhammer, sagen Sie auch das der Frau Müller – gefordert, dass die Obergrenze von 10.000 Litern bei der Agrardieselbesteuerung aufgehoben wird. Das ist auf Wunsch der Bauern erfolgt. Es gibt mehrere Gründe für die Probleme der Rapsölmühlen. Ich bitte, das allein aber nicht zum politischen Scharmützel zu machen. Die Bauern selbst sind auch etwas in der Pflicht, die Möglichkeiten intensiver als bisher zu nutzen. Es gibt eine Unterstützung. Minister Brunner ist sehr aktiv. Wir sind froh, dass das Thema für die Bauern wieder auf die Agenda kommt. Wenn Sie das, Herr Thalhammer, bitte der Frau Müller erklären würden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich gehe davon aus, dass sie das alles gehört hat. Herr Kollege Thalhammer, wollen Sie es noch weiter interpretieren?

**Tobias Thalhammer (FDP):** Geschätzter Herr Kollege Füracker, ich habe das Gefühl, dass ich gerade als Mittel zum Zweck instrumentalisiert wurde, aber weil es wichtige Informationen waren, habe ich mich gerne entsprechend benutzen lassen. Ich fasse es zusammen: Ich glaube, die innovativen Landwirte und die Energiewirte wissen, was sie an Schwarz-Gelb haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, würden sie bitte am Redepult verbleiben. Herr Kollege Hartmann hat auch noch eine Botschaft für Sie.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe keine Botschaft, sondern eine Frage: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie erwähnt, dass Rot-Grün die Steuerfreiheit von kaltgepresstem Rapsöl rückgängig gemacht habe. Können Sie mir einmal erklären, wer zu diesem Zeitpunkt auf Bundesebene regiert hat? Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das unter Rot-Grün war, sondern es muss zu Zeiten der Großen Koalition gewesen sein. Liege ich da richtig?

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Kollege Hartmann, man sieht, Sie haben die bayerische Schullaufbahn durchlaufen und sind deswegen mathematisch auf der Höhe. Der Wortbruch war im Jahre 2006, und das war zu Zeiten der Großen Koalition. Federführend – Sie wissen das auch – war die SPD für diesen Wortbruch verantwortlich. Weil damals das von Rot-Grün geschaffene Anreizsystem einer großen Kritik ausgesetzt war, hat sie sich nicht getraut, sich hinzustellen, und hat stattdessen die unglaublich innovative Landwirtschaft mit den Rapspressen zunichte gemacht. Man muss das einfach sagen: Das war im Jahr 2006 ein Wortbruch.

(Beifall bei der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Das waren nicht die GRÜNEN!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ihr Scharmützel mit dem Raps nützt Ihnen überhaupt nichts. Ich finde es phantastisch, dass ausgerechnet die, die vom Wortbruch leben, über Wortbruch reden. Da meine ich nicht die CSU - nur damit das klar ist.

Ich möchte schon deutlich machen, dass hier das Spiel läuft: Wir zetteln etwas an, dann nehmen wir ein Stückchen davon zurück, weil wir sowieso gewusst haben, dass das rechtlich gar nicht geht, und die restlichen Schweinereien – mit Verlaub gesagt – lassen wir auf die los, die es treffen soll. Wir meinen, den Menschen klarmachen zu können, dass die 20 Jahre Garantie für verschiedene Vergütungen wegradiert werden. - Das ist eben nicht so. Die Menschen werden auf diesen Beträgen sitzen bleiben, und das muss man ihnen auch sagen. Es nützt gar nichts, mit dem heutigen Ergebnis den Landwirten zu sagen: Wir haben euch gerettet. Meine Damen und Herren, das kann man mit dummen Jungs machen, aber nicht mit bayerischen Landwirten.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

- Nur langsam. Deswegen sage ich das so deutlich. Die Regierung, für die Sie mit Verantwortung tragen, vor allem der Wirtschaftsminister, kündigt ein Maßnahmenpaket an, wohl wissend, dass er Verschiedenes nicht durchbekommt. Das dürfen dann wir alle bekämpfen, einschließlich Ihnen, damit man es dann als Sieg feiern kann. Aber auf dem großen Rest bleiben wir hocken.

Das ist das eigentlich Perfide an der Geschichte. Wir freuen uns aber trotzdem, dass wir heute zumindest an den Stellen, die juristisch unstrittig sind und fast schon an Bauernfängerei grenzen – – Überlegen Sie

einmal: Da kündigt eine Regierung etwas an, sie begeht Rechtsbruch und Vertrauensbruch, und dann lassen wir uns alle miteinander dafür feiern, dass wir das verhindert haben.

Und was ist mit all den anderen Geschichten, die sonst noch laufen? Darum haben wir die Windkraft mit in den Antrag geschrieben. Wir haben übrigens nicht mehr die Dinge reingeschrieben, die Sie von der CSU reingeschrieben haben; denn die haben Sie bei unserem letzten Antrag noch vor 14 Tagen abgelehnt. Das ist auch interessant.

Wir halten es für notwendig, die Windkraft mit reinzuschreiben. Glauben Sie, dass von den geplanten Windkraftanlagen auch nur eine einzige unter den Bedingungen, die da kommen sollen, realisiert wird? Wir sagen Ihnen, dass die Banken Nein sagen werden. Sie finanzieren unter den Bedingungen nicht mehr. Das bedeutet, wir vernichten Arbeitsplätze in Bayern, sei es bei Pfeleiderer, sei es bei der Kugellagerfabrik in Schweinfurt. Meine Damen und Herren, wer so etwas anzettelt, hat keine Ahnung von dem Geschäft. Er betrügt die Leute und hält sie auch noch für dumm.

Deswegen bedanken wir uns, dass Sie unseren Anträgen zustimmen. Wir meinen aber schon, dass es noch daran zu arbeiten gilt. Man sollte generell die Finger vom EEG lassen. Die Änderungen, die der Wirtschaftsminister will, führen zur Vernichtung der regenerativen Industrie, sind Betrug an denen, die investiert haben, und zerstören die Zukunft, die wir angeblich alle wollen. Denn das wäre ein Zurück zur Atomkraft.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Danke schön. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hartmann. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Immerhin sind wir schon einen Schritt weiter als vor 14 Tagen, als es schon einmal ums EEG ging. Die CSU und die FDP waren sich nicht einmal einig darin, was sie hier erzählt haben. Sie haben zwar zum selben Antrag gesprochen, haben aber gegensätzlich argumentiert. Jetzt hat man zumindest einen gemeinsamen Nenner gefunden, was zu begrüßen ist, dass man nämlich den Güllebonus für die Bestandsanlagen beibehalten will, was eigentlich selbstverständlich ist.

Eines haben Sie in Ihren Redebeiträgen nicht erwähnt. Es ist zwar schön, dass Sie die Anträge unterstützen, aber die größte Unruhe hat diese Debatte allein dadurch gebracht, dass man sie ganz ohne Not vom Zaun gebrochen hat. Man sieht: Alle Fraktionen sind sich einig, dass, ob Güllebonus, ob EEG-Soli,

eine rückwirkende Streichung nicht möglich ist, weil man den Vertrauensschutz, die Verlässlichkeit in diesem Land genießen soll, vor allem bei der Energiewende. Wir wissen, dass die Energiewende ziemlich kapitalintensiv ist. Die Windkraftanlagen müssen finanziert werden, Stromtrassen müssen finanziert werden, Speicher müssen eines Tages finanziert werden. Das entscheidende Argument ist immer die Verlässlichkeit. Wer in die Energiewende investiert, soll sich auf die Entscheidung verlassen können.

Die Debatte, die, eingepackt als Strompreisbremse, vom Zaun gebrochen wurde, hat ein Tablett auf den Tisch gezaubert, mit dem alle möglichen Streichmaßnahmen und Sparvorschläge präsentiert wurden. Dabei hat man auch nicht nur ansatzweise darüber nachgedacht, was überhaupt umsetzbar ist.

Es gibt ein paar Punkte, über die man durchaus reden kann. Dass man den Referenzrahmen von Windkraftanlagen an den Küsten vielleicht zugunsten von Binnenwindkraftanlagen reduzieren kann, ist durchaus diskussionswürdig. Man hat aber einen bunten Teller präsentiert, und damit hat man der Energiewende nichts Gutes getan. Ich freue mich aber für die Energiewende Bayern, dass alle drei Anträge die Zustimmung dieses Hauses finden, natürlich auch die Zustimmung von uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/16039 der Fraktion der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Es haben alle Fraktionen ohne Stimmenthaltungen zugestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/16054 der Fraktionen der CSU und FDP seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/16055 der Fraktion der SPD seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung folgende Dringlichkeitsanträge auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sofortige Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Drs. 16/16040)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Integration in Bayern zulassen -  
Flächendeckendes Angebot an Deutschkursen für alle Flüchtlinge in Bayern schaffen!  
(Drs. 16/16056)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU),  
Thomas Hacker, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)  
Bewährte Asylsozialpolitik zeitgemäß weiterentwickeln! (Drs. 16/16057)**

Ich habe den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Frau Kollegin Ackermann, bitte.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe. Sprache ist auch der Schlüssel zur Integration. Bisher sind Asylbewerbern Sprachkurse verwehrt worden. Bisher wurden Sprachkurse nur Anerkannten oder Geduldeten zugebilligt. Menschen im Asylverfahren haben kein Anrecht auf einen Sprachkurs. Das ist oder war – das werden wir heute noch sehen – politisch gewollt. Man wollte diese Menschen nicht teilhaben lassen. Man wollte sie nicht integrieren. Man wollte sie isolieren. Man wollte, wie es immer noch im Aufnahmegesetz heißt, die Rückkehrbereitschaft dieser Menschen fördern, indem man sie systematisch ausgegrenzt hat.

Anlässlich eines Besuches des Sozialausschusses in Leverkusen vor einigen Jahren hat ein hoher Beamter des Sozialministeriums zu mir gesagt: Diese Leute wollen wir nicht integrieren. Voilà, deshalb haben sie auch keine Sprachkurse bekommen. Umso erfreulicher ist es, dass wir bei dem ansonsten missglückten Besuch in Würzburg die Kunde vernehmen durften, dass Sie, Frau Landtagspräsidentin Stamm, und auch Frau Sozialministerin Haderthauer sich dafür einsetzen, dass auch Asylbewerber Sprachkurse von Anfang an bekommen. Wir begrüßen das ausdrücklich.